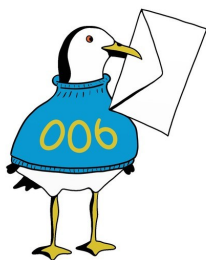


Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.



Moin liebe Leserinnen und Leser,

ganz langsam kehrt die Arbeit des Bundestages ein Stück zur Normalität zurück. Während wir in den vergangenen Wochen verkürzt, also nur an zwei Tagen die Woche, im Plenum getagt haben, waren es in dieser Woche wieder drei Tage. Die Gremiensitzungen am Montag und Dienstag fanden größtenteils auch wieder persönlich statt. Nach wie vor konzentriert sich ein großer Teil der parlamentarischen Arbeit auf die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Neben der Krisenbewältigung rücken aber auch wieder andere wichtige politische Themen auf die Tagesordnung. Klar ist, dass es nach der Krise andere Antworten auf dringende Zukunftsfragen geben muss, als vor der Krise. Dass sich die Rahmenbedingungen für politische Vorhaben massiv ändern werden, zeigen nicht zuletzt die neusten Steuerschätzungen, die das Bundesfinanzministerium gestern bekannt gegeben hat.

Die Kosten der Corona-Pandemie werden auf 453,4 Mrd. Euro allein in diesem Jahr beziffert. Hinzu kommen Garantien über 800 Mrd. Euro für Unternehmen, wenn sie ihre Kredite nicht mehr bedienen können. Dem gegenüber stehen geschätzt 81,5 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen und ein Einbruch der Wirtschaftsleistung um 6,3%. Nach Jahren des stetigen Wachstums und sprudelnder Steuereinnahmen, werden Bund, Länder und Kommunen in den nächsten Jahren viel genauer ausloten müssen, wofür das Geld ausgegeben wird.



Ich bin aber auch der Meinung, dass wir trotz aller "düsteren Prognosen" auch positiv nach vorne blicken sollten. Deutschland hat die vergangenen Wochen im sogenannten "Lockdown" und die damit einhergehenden Einschränkungen gut gemeistert. Dass diese Maßnahmen für viele Menschen mit Einschränkungen ihres täglichen Lebens verbunden sind, steht völlig außer Zweifel. In Abwägung des Schutzes menschlichen Lebens mit der temporären Befolgung einschränkender Maßnahmen denke ich aber, dass der Schutz jedes Einzelnen vor den Annehmlichkeiten des lieb gewonnenen Alltags in jedem Fall Priorität genießt. Oder anders ausgedrückt: Wenn der Preis, das Leben vieler Menschen zu retten jener ist, dass ich für einige Monate auf Reisen, Treffen in größeren Gruppen oder Restaurantbesuche verzichten muss, so ist mir dieser nicht zu hoch. Parlament und Regierung tun alles dafür, die wirtschaftlichen Einbußen so gut es geht abzufedern.

Ich habe in den vergangenen Tagen, seitdem das öffentliche Leben langsam wieder Fahrt aufnimmt, hunderte von E-Mails bekommen, in denen Kritik und Zweifel an den getroffenen Maßnahmen geäußert werden. Teilweise verbunden mit massiven Anschuldigungen oder schlichtweg Falschinformationen. Hierzu möchte ich ganz deutlich sagen: Weder wir Abgeordneten, noch die Bundesregierung, haben es sich leicht gemacht, für die Einschränkungen des öffentlichen Lebens in dieser Form zu stimmen. Wir befinden uns aber in einer Krise, in der wir alle unseren Beitrag leisten müssen, um Leben zu schützen. Dass diese Maßnahmen nun Schritt für Schritt gelockert werden, steht vollkommen außer Frage.

## Die Woche im Plenum

### Grundrentengesetz

Im November, als die Diskussion über eine Grundrente in vollem Gange war, habe ich mich für sie ausgesprochen. Und zwar für diejenigen, die sie auch wirklich benötigen. Heute fand im Plenum die erste Debatte zum Gesetzentwurf über die Grundrente statt. Mit ihr sollen auch Freibeträge in der Grundsicherung und Verbesserungen beim Wohngeld eingeführt werden.



Voraussetzung für den Zuschlag in der Rente sowie für den Freibetrag sind mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten. Als Grundrentenzeiten werden die Zeiten berücksichtigt, die in der gesetzlichen Rentenversicherung als Pflichtbeitragszeiten gewertet werden.

Den Aufschlag in der Grundrente erhalten Geringverdiener, deren „Grundrentenbewertungszeiten“ des gesamten Versicherungslebens unter 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes liegen. Erfasst werden sollen Neurentner und der Rentenbestand. Als „Grundrentenbewertungszeiten“ zählen dabei Zeiten, deren Verdienst mindestens bei 30 Prozent des Durchschnittsverdienstes liegt. Um die volle Grundrente zu erhalten, müssen 35 Jahre an Grundrentenzeiten vorliegen. Wenn mindestens 33 Jahre aber weniger als 35 Jahre erreicht werden, wird die Grundrente aufwachsend berechnet.

Ein Einkommen oberhalb eines Einkommensfreibetrags wird auf die Grundrente angerechnet. Der Einkommensfreibetrag sichert, dass Einkommen bis zu 1250 Euro (Alleinstehende)/1950 Euro (Paare) nicht auf die Grundrente angerechnet werden. Der Freibetrag wird jährlich angepasst.

### Corona-Steuerhilfegesetz



Die Gastronomie und ihre Mitarbeiter leiden derzeit besonders hart unter den geltenden Einschränkungen. Ganz allmählich und unter strengen Auflagen dürfen Cafés und Restaurants wieder öffnen. Wann es wieder zurück zum Normalbetrieb geht, ist heute noch nicht absehbar. Um in der anstehenden Zeit ein wenig Erleichterung zu schaffen, haben wir im Plenum das Corona-Steuerhilfegesetz debattiert.

Der Gesetzentwurf sieht steuerliche Erleichterungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie vor. So soll zum Beispiel der Umsatzsteuersatz für nach dem 30. Juni 2020 und vor dem 1. Juli 2021 erbrachte Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen, mit Ausnahme der Abgabe von Getränken, von 19 Prozent auf 7 Prozent abgesenkt werden. Außerdem werden Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld bis 80 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen dem Soll-Entgelt und dem Ist-Entgelt steuerfrei gestellt.

### Stabilisierung der Eurozone

Am Donnerstag haben wir über einen Antrag des Bundesfinanzministeriums beraten (und zugestimmt), in dem es um die Bereitstellung von finanziellen Hilfen

für Eurostaaten geht, die mit der Bewältigung der Corona-Pandemie überfordert sind. Der bereits vorhandene Europäische Stabilitätsmechanismus ESM soll hierfür um eine sogenannte "vorsorgliche Kreditrichtlinie" erweitert werden.



Hierbei handelt es sich um einen ersten Baustein des 540-Milliarden-Pakets für Finanzhilfen zur Stabilisierung der Eurozone. Ein solche vorsorgliche Kreditrichtlinie sollen Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen können, um einen günstigeren Zinssatz als bei nationaler Kreditaufnahme zu erzielen. Damit ist noch keine konkrete Kreditlinie für einen bestimmten Mitgliedstaat verbunden. Diese muss nach Antragstellung ebenfalls vom Plenum des Deutschen Bundestages bestätigt werden.

## Die Bundeswehr als Pfeiler der Gesellschaft im In- und Ausland

In dieser Woche haben wir in erster Lesung über die Verlängerung von drei Auslandsmandaten der Bundeswehr diskutiert: Die Fortsetzung der Beteiligung an der Militärmission der EU als Beitrag zur Ausbildung malischer Streitkräfte (EUTM Mali); die Fortsetzung der Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) und die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR).

Vor allem das EUTM Mali-Mandat soll entscheidend verändert werden. Das betrifft etwa das Einsatzgebiet, welches über das Staatsgebiet Malis hinaus auch auf die übrigen vier Staaten der G5-Sahelzone (Burkina Faso, Mauretanien, Niger, Tschad) erweitert wird. Wir wollen das Engagement der Bundeswehr weiter nach Zentralmali ausdehnen und die Ausbildung im Niger intensivieren. Im Zuge dieser Erweiterung wird die personelle Obergrenze von bisher 350 auf 450 Soldaten erhöht und das Mandat um ein weiteres Jahr verlängert. Der Einsatz erfolgt auf Ersuchen der malischen Regierung sowie auf Grundlage entsprechender Beschlüsse des Rates der EU in Verbindung mit acht Resolutionen des UN-Sicherheitsrates. Die einsatzbedingten Zusatzkosten beziffert die Bundesregierung auf 89,5 Millionen Euro.



Viel zu selten sprechen wir über das Engagement unserer Soldatinnen und Soldaten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, fernab von Ausstattungsproblemen und Auslandseinsätzen. Bei einem Besuch in der Berliner Julius-Leber-Kaserne konnte ich mir ein Bild davon machen, wie die Arbeit der Bundeswehr auch aussehen kann. Dort ist das Kommando Territoriale Aufgaben stationiert, das sämtliche Hilfeleistungen der Bundeswehr in der Corona-Krise koordiniert. Im Gespräch mit Brigadegeneral Andreas Henne, dem General für Standortaufgaben Berlin, konnte ich einen guten Einblick in die Arbeit der dort eingesetzten Soldaten gewinnen und natürlich auch meine Punkte zu Schleswig-Holstein "loswerden".

Ich habe großen Respekt vor den Männern und Frauen, die hier in schwieriger Zeit unserem Land dienen und ich wünsche mir, dass sie und ihr Dienst in unserer Gesellschaft mehr Anerkennung finden. Was ich dafür im Deutschen Bundestag tun

kann, werde ich tun. Allen Soldaten, die im Kampf gegen Corona eingesetzt sind, wünsche ich Erfolg, Kraft und vor allem Gesundheit!

## Unterstützung für Pflegende Angehörige

Die Pflege von Angehörigen ist ein Knochenjob. Jeder, der schon mal einen ihm nahestehenden Menschen gepflegt hat, ist über jede Form von Unterstützung froh. Die Corona-Pandemie trifft pflegende Angehörige derzeit besonders hart, weil viele dieser Unterstützungsangebote, wie z.B. Tagespflegeeinrichtungen, nicht geöffnet sind. Hinzu kommt, dass Kurzzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen derzeit nicht vergeben werden.



Die meisten pflegenden Angehörigen stehen in der Regel mitten im Berufsleben und wissen derzeit nicht, wie sie Pflege und Beruf unter einen Hut bekommen sollen. Weil hier dringender Handlungsbedarf besteht, haben wir ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung pflegender Angehöriger verabschiedet: Es werden die Voraussetzungen für den Bezug des Pflegeunterstützungsgeldes angepasst und ausgeweitet. Für bis zu 20 Tage können Beschäftigte dieses Geld als Lohnersatz erhalten, wenn sie ihre Angehörigen in der Corona-Pandemie selbst pflegen oder eine andere Pflegeunterstützung organisieren müssen. Darüber hinaus werden Regelungen der Familienpflegezeit und der Pflegezeit flexibel auf die Bedürfnisse angepasst. Bei der Berechnung der Höhe des zinslosen Darlehns während der Familienpflegezeit werden veränderte Einkommensbedingungen durch die Corona-Pandemie berücksichtigt.

---

Sobald ich wieder öffentliche Termine im Wahlkreis wahrnehme oder Veranstaltungen stattfinden, erfahren Sie es hier oder auf meiner Website.

Mein nächster Newsletter erscheint am 29. Mai 2020.

Bis dahin herzliche Grüße und bleiben Sie zuversichtlich!

Ihre

Melanie Bernstein

Haben Sie Fragen oder Anmerkungen? [Schreiben Sie mir!](#)



Auch auf meiner [Facebook-Seite](#) finden Sie aktuelle Infos über meine Arbeit!

---

*P.S.: Wenn Sie Themen oder Termine haben, die wichtig sind aus Ihrer Sicht – dann schreiben Sie mir gerne an [melanie.bernstein@bundestag.de](mailto:melanie.bernstein@bundestag.de). Ich freue mich!*

\* Bildrechte: Pixabay.com

**Impressum**

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.